

(Minister Dr. Nils Schmid)

cherheiten Geld. Deshalb sind Repo-Geschäfte zurzeit die wichtigste Möglichkeit zur kurzfristigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung.

Durch die Finanztransaktionssteuer in der ursprünglich geplanten Ausgestaltung durch die EU-Kommission droht die Gefahr, dass auch der besicherte Geldmarkt stark eingeschränkt wird oder zum Erliegen kommt, weil eben dieser Interbankenhandel jeweils besteuert wird und damit sehr hohe Kosten auf die Banken zukämen. Das hätte natürlich Auswirkungen auch auf die Kosten für die Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, weil gerade die Sparkassen und genossenschaftliche Institute darauf angewiesen sind, dass sie ihren jeweiligen Zentralinstituten Geld im Rahmen ihrer Liquiditätssteuerung zur Verfügung stellen.

Diese Bedenken habe ich in dem Brief vorgetragen. Das Schöne ist: Wie andere Befürworter der Finanztransaktionssteuer auch haben wir diese Bedenken jetzt im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments aufgegriffen gesehen. Das Europäische Parlament hat dankenswerterweise reagiert: Am Dienstag dieser Woche hat der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments eine Abstimmung über die Einführung der Finanztransaktionssteuer gehabt und hat genau den Punkt des Repo-Geschäfts aufgegriffen. Nach dem Vorschlag des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments geht es nun darum, dass die Besteuerung für diese Repo-Geschäfte bei einer Laufzeit von bis zu drei Monaten auf 0,01 % abgesenkt werden soll, um so diese Geschäfte nicht überproportional zu belasten.

Insofern freue ich mich, dass der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments diese Anregung aufgegriffen hat. Herr Minister Schäuble hat mir geantwortet, er würde sie selbstverständlich aufgreifen – umso besser, dann kann ja nichts mehr anbrennen und steht der Einführung einer vernünftig ausgestalteten Finanztransaktionssteuer nichts mehr im Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Minister, Ihre Position teile ich. Ich habe auch eine gewisse klammheimliche Freude, dass es so passiert ist, weil ich diese Position auch vertrete. Das war ja auch der Grund für die Kleine Anfrage. Aber ich habe trotz Ihrer Ausführungen nicht verstanden, warum Sie Ihre Meinung gewechselt haben. Denn all das, was Sie gesagt haben, war zum damaligen Zeitpunkt, als ich die Anfrage stellte, schon bekannt, und erst später änderten Sie Ihre Position auch gegenüber der Position, die Sie im Bund vertreten.

(Zuruf von der SPD: Vorher!)

– Nein, vorher war es nicht. Die Anfrage hatte ein anderes Ergebnis. Ich wundere mich nur, dass Sie Ihre Position innerhalb kurzer Zeit wechseln. Ich meine, Sie haben die richtige Richtung eingeschlagen. Das ist ja gut, Kompliment. Aber Ihren Positionswechsel konnte ich nicht nachvollziehen.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Löffler, wenn Sie etwas gutwilliger wären, könnten Sie das nachvollziehen. Die Antwort auf Ihre Kleine Anfrage datiert vom 13. Dezember 2011, der EU-Kommissionsvorschlag zur Ausgestaltung der EU-Finanztransaktionssteuer stammt meines Wissens vom Februar 2013. Das heißt, man konnte über diese Ausgestaltungsprobleme da noch keine Auskunft geben.

Deshalb bitte ich Sie, einfach mitzunehmen: An meiner Haltung zu diesem Thema hat sich nichts geändert. Ich fühle mich in bester Gesellschaft mit dem Bundesfinanzminister, dieses wichtige Instrument zur Eindämmung der Spekulation voranzutreiben. Das setzt aber voraus, dass man bei der Ausgestaltung wirklich genau hinschaut. Da reichen allgemeine Sprüche wie „Wir brauchen jetzt diese Finanztransaktionssteuer“ nicht aus. Das hatte ich auch Kollegen jedweder politischen Couleur zu sagen, denn entscheidend ist bei steuerpolitischen Maßnahmen immer die Ausgestaltung. Ich freue mich, dass das Europäische Parlament jetzt genau in dieser Richtung denkt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Minister, Sie haben das Problem, dass es in Ihrer eigenen Partei Widerstände gegen Ihre Vorschläge gibt. Aber ich will einfach fragen – – Uns geht es auch darum, dass die Erträge aus dieser Steuer nicht der EU zufließen, sondern im Land bleiben. Wir wollen im Grunde das Tor nicht öffnen, dass die EU in Zukunft ein eigenes Steuererhebungsrecht bekommt, und das würde sie in diesem Fall bekommen.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Das ist jetzt eine andere Diskussion. Die politische Haltung der Landesregierung hinsichtlich der EU-Finanztransaktionssteuer ist klar. Wir sind der Meinung, sie sollte zur Unterstützung des EU-Haushalts dienen, und im Gegenzug sollen die nationalen Beiträge an den EU-Haushalt entsprechend zurückgeführt werden. Denn zur Ehrlichkeit in der europäischen Debatte gehört auch, dass die EU einen Haushalt hat, der finanziert wird – im Moment logischerweise aus den Mitgliedsstaaten –, und dass es, wenn die EU eine eigene Steuer einführt, nahe liegend ist, die Finanzverantwortung und die Aufgabenverantwortung zu bündeln, damit auch im Europaparlament, in der EU-Kommission und im Ministerrat immer auch mit einem wachen Auge über die Finanzierung der EU-Aufgaben entschieden wird.

Deshalb ist es gerade im Sinne von demokratischer Verantwortung sinnvoll, eine solche eigenständige EU-Steuer langfristig einzuführen. Wenn man schon eine neue Steuer schafft, hat man ja die tolle Situation, dass man bestehende nationale Steuern nicht aufgeben muss. Vielmehr ist es doch nahe liegend, zu sagen: Dann soll die EU politisch erklären: „Liebe Bürgerinnen und Bürger,“ – soweit sie von der Transaktionssteuer betroffen sind – „liebe Unternehmen, das ist eine Steuer, die wir als EU aus dem und dem Grund erheben“, und sollen Europäisches Parlament, EU-Kommission und Ministerrat sagen: Das ist richtig so.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine weitere Zusatzfrage vor. Herr Abg. Stratthaus, bitte.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Herr Minister, ich bin weitgehend Ihrer Meinung; das ist keine Frage. Aber eine Frage habe ich dann doch: Sind Sie wirklich überzeugt, dass diese Steuer aus dem Gewinn der Banken getragen wird, oder sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, dass letzten Endes die Kunden der Banken sie zum allergrößten Teil tragen, weil die Belastung durch die Steuer, wenn sie überall draufliegt, natürlich weitergegeben wird?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist klar!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Es wird den Versuch geben – und er wird zumindest auch in Teilen erfolgreich sein –, die Mehrbelastung durch diese Steuer abzuwälzen. Denn sie hat ja eine gewisse Ähnlichkeit mit der Umsatzsteuer, und bei der klassischen Mehrwertsteuer kennen wir ja auch das Phänomen, dass versucht wird, die Belastung dann über die Preise weiterzugeben.

Deshalb müssen wir bei der Ausgestaltung auch genau hinschauen; denn es sind ja nicht nur die Privatkunden – im Bereich bestimmter Vorsorgeformen schon –, sondern vor allem die Banken und Finanzinstitute, die einen wichtigen volkswirtschaftlichen Beitrag leisten, die dann die Hauptbetroffenen wären. Das würde sich auf die Kreditversorgung der Realwirtschaft auswirken.

Deshalb gilt: Es kommt entscheidend auf die Ausgestaltung an. Ich glaube, der Weg, den der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments jetzt aufzeigt, verdeutlicht, dass man eine vernünftige Lösung finden kann – durchaus dann auch vielleicht mit etwas geringeren Aufkommen. Das gehört dann auch dazu, wenn man die Steuersätze für bestimmte Sorten von Geschäften senkt. Aber das wäre es mir wert, wenn man eine vernünftige Ausgestaltung hinbekommt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte schön, Herr Abg. Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Minister, es dürfte nicht ganz so einfach sein. Es gibt Berechnungen des Deutschen Aktieninstituts, wonach ungefähr 20 Großfirmen in Deutschland eine Belastung von 1,5 Milliarden € durch diese Art von Steuer haben werden. Diese Steuer wird im Grunde auch die einzelnen Sparer in Mitleidenschaft ziehen – insbesondere bei den Fonds –, weil Rentenversicherungen auf Fondsbasis zu Kosten für den einzelnen Verbraucher führen. Es wird also nicht die treffen, die man treffen will. Was sagen Sie zu dieser Annahme?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Zunächst einmal: Auch dies ist eine Frage der Ausgestaltung, inwieweit man solche Vorsorgeformen ausnimmt. Ich habe in dem Brief an Herrn Finanzminister Schäuble auch angeregt, dies zu prüfen. Aber umgekehrt gehört zur Ehrlichkeit auch dazu, dass die Belegung von solchen Vorsorgeprodukten durch eine Finanztransaktionssteuer auch eine Besteuerungslücke schließt. Es ist ja immer die Frage – weil andere Vorsorgeformen in der einen oder anderen Weise ja auch besteuert werden –, ob die Finanztransaktionssteuer dann nicht auch in der Gesamtschau der Besteuerungen gerechtfertigt ist.

Sie sprechen einen Punkt an, der zu Recht in der Diskussion ist und der bei der Ausgestaltung weiter im Auge behalten werden muss.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Somit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Paul Locherer CDU – Finanzielle Förderung der erforderlichen Anpassung von Räumlichkeiten an der Gemeinschaftsschule Amtzell

Bitte schön.

Abg. Paul Locherer CDU: Frau Präsidentin, ich lege als früherer Bürgermeister der Gemeinde Amtzell größten Wert darauf, dass hier nicht „Amtzell“, sondern „Amtzell“ formuliert wird.

Damit sind wir schon beim Thema. Das Ländliche Schulzentrum Amtzell ist eine der großen Modellschulen in unserem Land und eine der Starterschulen der Gemeinschaftsschulen. Deshalb zwei Fragen:

a) Wie will die Landesregierung die Gemeinde Amtzell als Schulträger einer Gemeinschaftsschule aus der ersten Tranche bei den anstehenden notwendigen Umbauarbeiten

– wohlgemerkt Umbauarbeiten, nicht Erweiterungsmaßnahmen –

zur Anpassung der Räumlichkeiten an die Erfordernisse dieser Schulart finanziell unterstützen?

b) Plant die Landesregierung eine Anpassung der Schulbauförderung, die eine Bezuschussung der Gemeinde Amtzell durch das Land zur Umsetzung der notwendigen Baumaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt ermöglichen würde?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung darf ich Frau Staatssekretärin von Wartenberg ans Rednerpult bitten.

Staatssekretärin Marion von Wartenberg: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Abg. Locherer! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Fragenteil a:

Wie will die Landesregierung die Gemeinde Amtzell als Schulträger einer Gemeinschaftsschule aus der ersten Tranche bei den anstehenden notwendigen Umbauarbeiten zur Anpassung der Räumlichkeiten an die Erfordernisse dieser Schulart finanziell unterstützen?

Das Kultusministerium hat im Frühjahr 2012 mit den kommunalen Landesverbänden eine Übergangsregelung zur Schulbauförderung für Gemeinschaftsschulen abgestimmt, die bis zur Veröffentlichung des Lehr- und Bildungsplans für diese neue Schulart gelten soll. Erst danach können die Auswirkungen auf die Schulbauförderung festgelegt werden.